

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 28/3 (2001)

DOI: 10.11588/fr.2001.3.46566

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

tigen Niederschlagung von Unruhen in Poznań Ende Juni kam es im »Polnischen Oktober« zu Partei- und Wirtschaftsreformen, in deren Gefolge die Gefahr einer Abspaltung vom Warschauer Pakt sichtbar wurde. Ermutigt durch diese Ereignisse, gewannen in Ungarn oppositionelle Kräfte an Zulauf. Während sich Polen unter der Führung des Ersten Sekretärs des ZK der Arbeiterpartei, Gomulka, gegenüber dem Kreml mit der Zusage rückversicherte, das östliche Sicherheitssystem nicht zu verlassen, stellte der ungarische Ministerpräsident Nagy die Blockzugehörigkeit und damit die Hegemonie der Sowjetunion öffentlich in Frage. Entgegen ihrer vollmundigen »Rollback«-Propaganda signalisierten die USA den Willen zur Nichteinmischung und gaben dem weltmächtlichen Antipoden implizit *carte blanche* für eine Intervention. Parallel dazu eskalierte die Suezkrise. Moskau nutzte eine englisch-französisch-israelische Militäraktion, um von der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn abzulenken, und drohte mit dem Einsatz von Nuklearwaffen. Washington zwang die europäischen Verbündeten daraufhin zum Abbruch des Unternehmens und zerstörte ihren Anspruch auf eine eigenständige Großmachtpolitik.

Während die Ursprünge, Zusammenhänge und Auswirkungen der Krisen im Westen seit Mitte der achtziger Jahre intensiv untersucht worden sind, kamen die Forschungen in Osteuropa erst nach dem Ende des Kalten Krieges in Gang – fast ausnahmslos mit einem nationalen oder bilateralen Blickwinkel versehen und meist nur in der Sprache des Autors zugänglich. Dies inspirierte Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam dazu, Historikern aus den an den drei Konflikten direkt oder indirekt beteiligten Staaten, insbesondere aus Osteuropa, die Gelegenheit zu geben, den Stand der Forschung in einem Sammelband darzulegen.

Der erste Teil des mit über dreißig – mal sehr kompakten, mal ausladend langen, allesamt auf Deutsch veröffentlichten – Beiträgen versehenen Bandes widmet sich der Darstellung des sich in vielfältiger Weise überlappenden Geschehens. Thema des zweiten Abschnittes ist die Analyse der Perzeptionen durch die involvierten Mächte. Im dritten Kapitel werden die weitreichenden Auswirkungen auf die verschiedenen Länder und Blöcke (mit Ausnahme Polens) in innenpolitischer und gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, bündnispolitischer und globaler Dimension beleuchtet. Das gewichtige Werk – leider ohne Autorenverzeichnis publiziert – spiegelt eindrucksvoll die gewachsenen Möglichkeiten wissenschaftlicher Kooperation mit den Militärgeschichtlern aus Osteuropa wider; vor allem aber eröffnet es einem breiteren Publikum Zugang zu wichtigen, durch die Sprachbarriere bisher verschlossenen Forschungen zum »internationalen Krisenjahr 1956«.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Günter BUCHSTAB (Bearb.), Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf (Droste) 1998, XXXIX–1011 S. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 32).

Die Bestände der Parteiarchive sind eine wichtige Quellengrundlage für die Geschichte der westdeutschen Parteiendemokratie. Sie können das staatliche Archivgut ergänzen, wenn nicht sogar – sofern dieses noch nicht freigegeben ist – bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Insbesondere die Protokolle von Sitzungen der jeweiligen Spitzengremien der verschiedenen Parteien reflektieren natürlich nie nur die innerparteiliche Entwicklung, sondern immer auch den jeweiligen Stand der nationalen Politik, den die einen – als Angehörige der Regierung – gestaltend prägen, während die anderen ihn – als parlamentarische Opposition – zumindest kommentierend begleiten. Daher ist es erfreulich, daß nun der vierte Band der Protokolle des CDU-Bundesvorstands vorliegt. Die 20 Wortprotokolle decken den Zeitraum vom 19. September 1961 – zwei Tage nach der Bundestagswahl – bis zum 21. Juni 1965, kurz vor der Wahl zum neuen Bundestag, ab. Sie spiegeln nicht nur das – gerade in

diesem Zeitraum recht turbulente – Innenleben der Union sowie deren dauernde Diskussionen über organisatorische und programmatische Reformen, sondern auch die ganze Palette der innen- und außenpolitischen Themen der Zeit: Diese reichen von Haushaltsfragen über die »Spiegel-Affäre« bis hin zu den Ost-West-Beziehungen sowie die bündnispolitische Orientierung der Bundesrepublik zwischen den zunehmend konkurrierenden USA und Frankreich.

Insgesamt stellt dieser Zeitraum eine Umbruchphase in der Geschichte der CDU dar: In der Bundestagswahl vom 17. September 1961 hatten die Unionsparteien ihre absolute Mehrheit verloren und waren fortan wieder auf eine Koalition mit der FDP angewiesen. Die aber hatte sich im Wahlkampf strikt gegen eine erneute Kanzlerschaft Konrad Adenauers ausgesprochen und stand bei ihren Wählern im Wort. Trotzdem gelang es dem gewieften Taktiker Adenauer, in der Sitzung des Bundesvorstands vom 19. September sich das Kanzleramt zunächst noch einmal zu sichern und damit auch innerparteiliche Konkurrenten auszuschalten. Einerseits betonte er wieder einmal seine Unersetzlichkeit gerade in schwieriger innen- und außenpolitischer Lage: »Ich würde es für einen schweren Fehler halten für unsere Partei, wenn ich jetzt nicht Kanzler würde« (S. 7); andererseits nahm er seinen Kritikern den Wind aus den Segeln, indem er versprach, »etwa in der Mitte dieser vier Jahre« zurückzutreten, »um einem anderen Platz zu machen, damit sich der neue Mann bis zu den Wahlen 1965 einarbeiten kann, was ja von besonderer Bedeutung wegen des Wahlkampfes im Jahre 1965 ist« (S. 7). Doch der deutliche Vertrauensentzug der Wähler – auch eine Folge des ungeschickten Agierens Adenauers nach dem Mauerbau vom 13. August – bedeutete den Anfang vom Ende der »Ära Adenauer«. Die Jahre 1961 bis 1963 waren durch die zunehmende Erosion der Führungsstärke des Bundeskanzlers geprägt. Die Stimmen derjenigen sollten sich noch mehren, die den »Alten« durch eine jüngere, wählerwirksamere Leitfigur – den populären Wirtschaftsminister Ludwig Erhard – ersetzt sehen wollten. Dabei sollte sich schon bald Persönliches mit Politischem – vor allem außenpolitischem Konfliktstoff – verquicken.

Die Union, das verdeutlichen vor allem die Lageberichte, aber auch einzelne Diskussionsbeiträge im Bundesvorstand, hatte in den Jahren 1961 bis 1965 jene Einmütigkeit über den richtigen außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik verloren, die sie in den Jahren zuvor weitgehend ausgezeichnet hatte: Heftig gestritten wurde innerparteilich über die zunehmende Bereitschaft der USA, den west-östlichen Konflikt, der in der Doppelkrise von Berlin und Kuba noch einmal eskalierte, zu entspannen. Während die einen um den neuen, ebenso selbstbewußt agierenden wie kühl kalkulierenden Außenminister Gerhard Schröder hierfür Verständnis zeigten und vor deutscher Obstruktion warnten, unterstellten die anderen unter Führung Adenauers der Regierung Kennedy, deutsche Interessen zu mißachten und insbesondere des Strebens nach einer Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands überdrüssig zu sein. Doch die Gemüter erhitzen nicht nur die deutsch-amerikanischen Beziehungen, sondern auch das Verhältnis zu Frankreich. In dem Maße, wie sich der französische Staatspräsident Charles de Gaulle gegen einen britischen EWG-Beitritt aussprach, über den seit dem Sommer 1961 verhandelt wurde, und den Grand design Kennedys durch seine Vision eines Europe européenne zu konterkarieren versuchte, verlor Adenauer die Mehrheit in seiner Partei für die von ihm angestrebte enge Verbindung mit dem Nachbarn im Westen. Mit de Gaulles Doppelveto vom 14. Januar 1963 gegen die britische EWG-Mitgliedschaft und eine Beteiligung an der MLF eskalierte der innerparteiliche Streit: Hier die »Atlantiker« – ebenso überzeugte Vertreter einer bedingungslosen Bindung an die USA wie scharfe Kritiker de Gaulles –, dort die »Gaullisten«, welche die Abhängigkeit von den mittlerweile mißtrauisch beäugten USA durch eine stärkere Bindung an Frankreich zwar nicht suspendieren, aber zumindest relativieren wollten. Am Ende konnte sich Adenauer mit seiner profranzösischen Politik nicht durchsetzen und mußte eine Verwässerung des am 22. Januar 1963 unterzeichneten Deutsch-Französischen Vertrags in Form einer Präambel akzeptieren.

Mehr noch: Im Frühjahr 1963 wurde auch die Frage der Kanzlernachfolge endgültig und entgegen Adenauers eigenen Präferenzen zugunsten Erhards entschieden. Doch der im Oktober vereidigte neue Kanzler sollte an dem von ihm so hart erkämpften Amt nicht lange Freude haben. Er mußte sich in seiner Regierungszeit nicht nur in einem äußerst komplizierten amerikanisch-französisch-deutschen Dreiecksverhältnis zurechtfinden, sondern auch mit einer Union abmühen, die in mehrere Lager mit unterschiedlichen außenpolitischen Ansichten zerfallen war. Wie sehr sich der insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 1964, nach de Gaulles mißlungenem Besuch in Bonn, eskalierende Streit mit innerparteilichen Machtfragen und Rivalitäten verknüpfte, verdeutlicht die äußerst dissonante Vorstandssitzung vom 27. November 1964. Dieser Konflikt sollte Erhards innerparteiliche Machtposition stark untergraben, was sich letztlich bereits ein Jahr nach seiner Kür zum neuen Kanzler abzeichnete. Indes verdeutlichen die Protokolle der CDU-Bundesausschusssitzungen von Ende 1963 bis in den Sommer 1965 aber auch die tatsächliche Führungsschwäche des neuen Regierungschefs, der weniger Parteipolitiker als »Volkskanzler« sein wollte: Er erschien zu den Sitzungen des CDU-Führungsgremiums wie bereits in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister nur sporadisch oder verließ sie vorzeitig. Seine Berichte zur politischen Lage, die er seit seiner Wahl zum Bundeskanzler hielt, gerieten unpräzise und wenig überzeugend. Das aber gab Adenauer, der weiterhin CDU-Parteivorsitzender war, immer wieder Gelegenheit, Person und Politik seines ungeliebten, ja verachteten Nachfolgers – mal süffisant-versteckt, mal offen-kämpferisch – anzugreifen.

Trotz aller – letztlich selbstverschuldeter – Demontage des Kanzlers scheute die Partei jedoch einen Sturz Erhards. Die Diskussionen im CDU-Bundesausschuss belegen nämlich auch, wie verunsichert die Unionspolitiker mittlerweile waren, da sie zunehmend das Gefühl hatten, nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch konträr zum Zeitgeist zu stehen und angesichts einer sich wandelnden Gesellschaft kein wählerwirksames Programm mehr zu besitzen. Auch der Versuch, die CDU durch eine Wiederbelebung des »C«, des Christlichen, in den Grundsätzen neu zu profilieren, mußte angesichts der unübersehbaren Entkonnfessionalisierung der Gesellschaft als der falsche Weg erscheinen. Rainer Barzel, der vom Vorstand bereits am 11. Dezember 1961 beauftragt worden war, »das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU« zu untersuchen, wurde daher mit seinen entsprechenden Anregungen auf der Sitzung am 10. Mai 1962 selbst von etlichen Vorstandsmitgliedern als »zu kirchlich« kritisiert (S. 250). So ließen sich auf keinen Fall jene Intellektuellen gewinnen, die auf deutliche Distanz zum »CDU-Staat« gingen und für ihre kritischen Ansichten immer mehr Rückhalt in der veröffentlichten Meinung fanden: »Die ganze Kolonne« marschiere »gegen uns [...], und zwar mit aller Macht, namentlich auch in der Publizistik« (S. 472), klagte Adenauer bereits in der Vorstandssitzung am 26. April 1963. Überdies hatte die SPD mittlerweile ihr altes Bürgerschreck-Image restlos verloren. Mit ihrer nachdrücklichen Bekehrung zur Sozialen Marktwirtschaft und ihrem deutlichen Bekenntnis zur West-, vor allem Amerika-Bindung erschloß sie sich zunehmend auch Wählerschichten, die bisher für die CDU reserviert gewesen waren. Vor diesem Hintergrund hing man in der Union trotz allem an Erhard, der zumindest nach wie vor eine populäre Wahlkampflokomotive und damit für einen Sieg in den anstehenden Bundestagswahlen wichtiger denn je zu sein schien.

Reiner MARCOWITZ, Dresden